

„Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Paß niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.“

(Bertolt Brecht: „Flüchtlingsgespräche“.)

KURZINHALT

INVISIBLE erzählt die bewegenden Geschichten von fünf Flüchtlingen, die illegal in Europa leben. Mehr als ein Jahr begleitet der Film sie in Deutschland, Frankreich, Polen, Spanien, Holland und Nigeria. INVISIBLE erzählt von ihren Hoffnungen und Träumen, ihrer Suche nach Glück und Liebe und Heimat und davon, was ihnen dabei widerfährt.

INHALT

Sie versuchen, möglichst unsichtbar zu bleiben: Die illegalen Einwanderer aus Nigeria, Tschetschenien, Ecuador oder Algerien leben ständig mit der Angst, wieder in ihre Heimat abgeschoben zu werden. „Ich habe nur ein Ziel und das ist Europa“, sagt der Schwarzafrikaner Oumar, der in Ceuta, einer spanischen Exklave in Marokko, in einem Durchgangslager für Flüchtlinge festgehalten wird. Aus zwei zusammen geschnürten Kanistern hat er sich eine Schwimmweste gebastelt und ist damit im Dezember durch das kalte Mittelmeer geschwommen bis ihn spanische Grenzbeamten aufgriffen. Doch sein Antrag auf Asyl wurde abgelehnt.

Seit zehn Jahren illegal in Deutschland lebt der desertierte Offizier Zakari, der in Algerien seine Familie zurückließ, weil er nicht im Bürgerkrieg kämpfen wollte. Da die deutsche Justiz ihn nicht als politisch Verfolgten anerkannte, ist er untergetaucht und hält sich mit Aushilfsjobs in Restaurants über Wasser.

Schon fünfmal ausgewiesen wurde die Transsexuelle Edita aus Ecuador, die sich in Paris sicher fühlt. Nach harter Arbeit in einem Bergwerk verdient sie ihr Geld dort nun auf dem Straßenstrich.

Eine neue Existenz versucht sich Malika mit ihrer Familie in Polen aufzubauen. Als 1994 in Tschetschenien der Krieg ausbrach, floh sie nach Moskau, wo ihre politische Untergrundarbeit zu Hausdurchsuchungen führte. Traurig zeigt die Frau Fotos von ihrem Dorf, das heute in Trümmern liegt. Gemeinsam mit ihrer Familie betreibt sie in Warschau jetzt ein kleines Schnellrestaurant. Weniger Glück hat der 23-jährige Nigerianer Prince, der aus dem niederländischen Abschiebegefängnis in Tilburg in seine Heimat zurück befördert wird.

„Du bist in Europa, wenn Du Papiere hast. Du bist nicht in Europa, wenn Du keine Papiere hast“, resümiert Oumar aus Guinea Bissau.

Mehr als ein Jahr lang begleitete Andreas Voigt fünf Flüchtlinge, die für ihren Traum von einem besseren Leben in Europa alles aufgegeben haben. INVISIBLE zeigt die bewegenden Schicksale dieser Menschen, die eines gemein haben: Sie wurden zur falschen Zeit am falschen Ort geboren.

Birgit Heidsieck

STABLISTE

Regie/Autor:	Andreas Voigt
Kamera:	Johann Feindt, Marcus Winterbauer, Jacek Blawut
Ton:	Uwe Busch, Bernd Popella
Montage:	Marina G. Künzel
Musik:	Hannes Zerbe
Produktion:	Barbara Etz Filmproduktion und á jour Film - und Fernsehproduktion GmbH in Koproduktion mit NDR in Zusammenarbeit mit arte.
Förderung:	Kulturelle Filmförderung des BKM, nordmedia Fonds GmbH, Mittel-deutschen Medienförderung GmbH.
Produktionsjahr:	2004
Format:	35mm, 1:1,66, 25B/s, 89 Min., Farbe
FSK:	ohne Altersbeschränkung
Originalsprachen:	frz., engl., span., poln., dt., arab. mit deutschem voice over
Uraufführung:	22.10.2004, Internationales Dokumentarfilmfestival Leipzig European DocuZone Award 2004

IMPRESSUM:

Redaktion: Anke Hahn
Fotografien: Andreas Voigt
Satz und Layout: Studio Kraut

Basis-Film Verleih, Südendstr. 12, 12169 Berlin
Tel. 030/7935161, Fax. 030/7911551
info@basisfilm.de, www.basisfilm.de



DIE PROTAGONISTEN

Zakari (desertierter algerischer Offizier, lebt in Deutschland)

„Ich bin jetzt seit 10 Jahren hier. Ohne Papiere, ohne zu Hause, ohne Frau, ohne Kinder, ohne Arbeit. Sie haben mich gefragt, ob sie einen Film über mich drehen können. Ich habe ‚Ja‘ gesagt. Über das Leben von einem ohne Papiere. Das Leben eines Vagabunden. Warum ich mitmache? Ich will, dass alle erfahren, wie ich lebe, wie ich die zehn Jahre hier verbracht habe...mit meiner Angst, mit allem.“

Oumar (aus Guinea Bissau, im Flüchtlingslager in Ceuta)

„Ich bin nur noch 25 km weg, aber ich kann nicht dort rüber, das macht mich wirklich krank. Da drüben ist Europa ... Ich sehe die Reisenden jeden Tag, doch ich bin immer noch hier. Wenn hier eine Wüste wäre, dann wäre ich schon angekommen, wenn es ein Fluß wäre, dann würde ich schwimmen, aber hier ist das Mittelmeer und ich kann nicht rüber.“

Malika (aus Tschetschenien, lebt in Warschau)

„Am 11. November 1994 sind die russischen Truppen in Tschetschenien einmarschiert und am 12. habe ich meine Arbeit niedergelegt. Ich konnte einfach nicht mehr hingehen egal, ob ich irgendwelche Rentenansprüche verliere oder sonst was. Ich bin durch die Strassen Moskaus gelaufen und habe gesucht: gibt es irgendwo ein Treffen, gibt es eine Demonstration, treffe ich einen Russen, der auch gegen den Krieg ist. Dann kamen die Hausdurchsuchungen. Nachts um drei kam die „Omon“, die Spezialeinheit - sie haben unsere Papiere kontrolliert, so ging das immer weiter. Wir mussten das Land dann verlassen, weil wir in Moskau gegen den Krieg gearbeitet haben.“



Oumar



Malika

Prince (aus Nigeria, sitzt in einem holländischen Abschiebegefängnis)

„Ich hatte einen Job in einer Hühnerfarm. Dann kam mal eine Kontrolle und ich hatte keine Papiere. Sie haben mich zur Polizeistation gebracht und dann hierher ins Gefängnis. Ich will in Europa bleiben. Ich war anderthalb Jahre hier. Europa ist ein sehr entwickeltes Land in dem man gut und normal leben kann. Es gibt keine Verbrechen, keine Kriminellen. Seit ich in Europa bin, habe ich nie Leute auf der Strasse kämpfen gesehen. In Afrika ist es verdammt hart. Du siehst eine Menge Leute kämpfen und es gibt schrecklich viel Kriminalität. Europa ist sehr gut. Ich liebe Europa.“

Edita (aus Ecuador, lebt in Paris)

„Ich war ein stiller Homosexueller. Ein Junge, dem die anderen Jungen gefielen. Aber in Ecuador konntest du damals als Homosexueller nicht leben. ... Auch wenn ich hier noch keine legale, sichere Situation habe, im Alltag fühle ich mich sicher - mal abgesehen von der ersten Zeit hier, als sie mich immer wieder ausgewiesen haben. Ich glaube, ich bin fünf mal ausgewiesen worden. Aber auch wenn sie mich immer wieder abgeschoben haben, ich bin eine Woche, einen Monat in Ecuador geblieben und wieder zurückgekommen. Europa ist - einen Traum haben, arbeiten, Geld verdienen ... und Europa hat mir meinen Frieden gegeben. Um in Ecuador zu überleben, musst du leiden. Hier in Europa kann ich als Transsexuelle leben, kann mit meinem Körper Geld verdienen. Mit diesem Geld kann ich meine Familie in Ecuador unterstützen.“



Prince



Edita

NOTIZEN ZUM FILM

„Grenzen, der Verlust von Heimat und die Suche nach ihr sind kein Problem dieses Jahrhunderts und doch haben sie wohl nie bisher das Leben so vieler Menschen bestimmt. Ich wollte von Menschen erzählen, die mitten unter uns leben - ohne Papiere, illegal. Es gibt keine genauen Angaben für Europa. Aber allein in Deutschland schätzt man die Zahl der Illegalen auf mehr als 1 Million. Sie könnten Nachbarn sein, Menschen denen ich täglich auf der Strasse begegne. Wie ist ihr Alltag, was sind ihre Hoffnungen, ihre Träume? Davon wollte ich erzählen. Und davon, wie verschieden die Gründe sind, die Menschen dazu bewegen, ihr Zuhause zu verlassen, ihre Heimat.“

„Es geht nicht in erster Linie um Elend, Leid und Krieg - zumal ohnehin nicht alle diesen Hintergrund haben. Es geht um den Alltag, den sie leben und bewältigen. Nicht Trauer und Angst stehen im Mittelpunkt, sondern die Kraft dieser Menschen, ihr Sich-Durchsetzen-Wollen und -müssen“.

„Bei meinen Recherchen hat mich die Offenheit aller beeindruckt, die ich getroffen habe. Sie haben mich teilhaben lassen an ihrem Leben, mir von sich erzählt. Sicher hat das auch damit zu tun, dass sie oft lange niemanden mehr hatten, der ihnen zuhört, dem sie sich mitteilen können. Es ist die Einsamkeit, das fast nur Auf-Sich-Gestelltsein, das diejenigen, die in solchen extremen Situationen leben, aushalten müssen. Und bestimmt ist es ein Bedürfnis, das wir alle haben - auch heute in unserer vernetzten und globalisierten Welt: ein Feuer anzünden, sich dazusetzen, Geschichten erzählen und zuhören.“

Andreas Voigt



BIO-/FILMOGRAFIE Andreas Voigt

1953 in Eisleben geboren, aufgewachsen in Dessau.

Physikstudium in Krakau, Polen.

Studium der Volkswirtschaft und Wirtschaftsgeschichte in Berlin.

Dramaturg im DEFA-Studio für Dokumentarfilme, Berlin.

Regiestudium an der Hochschule für Film und Fernsehen (HFF), Potsdam-Babelsberg.

Von 1987 bis 1990 Regisseur im DEFA-Studio für Dokumentarfilme.

Seit der Schließung des DEFA-Studios 1991 freischaffend als Regisseur,

Autor und Produzent für Kino und Fernsehen.



Kinofilme:

1987 Alfred (35 mm, 43 min.)

Preis der Filmklubs der DDR für den besten Dokumentarfilm

1989 Leipzig im Herbst (35 mm, 55 min.)

Preis: Taube, Internationale Leipziger Dokumentarfilmwoche

1991 Letztes Jahr Titanic (35 mm, 90 min.)

Adolf- Grimme- Preis, Prädikat "Besonders wertvoll"

1992 Grenzland eine Reise (16 mm, 90 min.)

Prix de la Direction Regionale des Affaires Culturelles, Festival du Film de Strasbourg, Frankreich

1994 Glaube Liebe Hoffnung (35 mm, 90 min.)

Grand Prix, Festival du Film de Strasbourg, Frankreich, Prädikat "wertvoll"

1995 Ostpreussenland (16 mm, 90 min.)

V'iennale, Wien 1996

1997 Grosse Weite Welt (35 mm, 90 min.)

2004 INVISIBLE- illegal in Europa (digitale Videoformate, 35 mm, 89 min)

European Docu Zone Award, Internationale Leipziger Dokumentarfilmwoche

Fernsehfilme (Auswahl):

1988 Leute mit Landschaft (Das Kleine Fernsehspiel, ZDF, 16 mm, 90 min.)

1995 Begegnung mit Krzysztof Kieslowski (BR, Beta SP, 45 min.)

1995 Mr. Behrmann Leben Traum Tod (ZDF/3 sat, 45 min.) Europäischer Beitrag "input 96" in Guadalajara, Mexiko, 1996

Silver Wolf, Hauptpreis für den besten Video Film, IDFA, International Documentary Filmfestival Amsterdam

1996 Am Taj Mahal (ZDF/3 sat, "Fremde Kinder", 30 min.)

1998 Kein Zuhause in Kurdistan (ZDF/3sat, "Fremde Kinder, 30 min.) Nominierung ECHO, Television & Radio Award, Wien 1998 1998/99 Veldpost International (VPRO, Niederlande, 30 Kurzfilme)

2001 David@NewYork (ZDF/3sat, "Fremde Kinder", 30 min.)

2005 Am OB- eine Zeitreise in Westsibirien, (SWR/NDR, 2 mal 45 min.)

Wir bedanken uns bei der Frankfurter Rundschau für die Genehmigung des Abdrucks der folgenden Texte aus der FRplus Beilage vom 12.Mai 2004.

Leben ohne Genehmigung

Eigentlich gibt es sie gar nicht. Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis leben im Verborgenen. Ihre Zahl schätzen einige Experten in Deutschland auf 1,5 Millionen. Umso unverständlicher, dass Politiker die „Papierlosen“ kaum zur Kenntnis nehmen. Mit fatalen Folgen. In der Illegalität werden Flüchtlinge depressiv, viele entwickeln panische Ängste vor Behörden. Wenige haben das Glück, dass ihnen eine Kirchengemeinde Asyl gewährt. Doch wer Menschen ohne Papieren hilft, macht sich im Zweifel selbst strafbar.

Die Anführungszeichen. Wenigstens die billigt man ihnen zu. Anführungszeichen als schamhafte Entschuldigung für mangelnde politische Korrektheit. Anführungszeichen aber auch als Ausdruck des Nicht anerkennens, wie bei der "DDR", der so Genannten. Nun also diese Anführungszeichen für Menschen, "Illegale". So Genannte. Wie soll man sie auch sonst nennen? Die, deren Nachnamen man ohnehin nicht kennt und besser nicht kennen sollte. Die, deren Existenz man am liebsten nicht zur Kenntnis nehmen würde - wenn sie nicht leibhaftig da wären. Und wenn man sie nicht auch ganz gut brauchen könnte. Elisa aus Kolumbien pflegt die Oma in Lüdenscheid, Pawel aus der Ukraine schneidet die Hecken in Böblingen, Ewa aus Moldawien bietet Discount-Sex in irgendeiner Großstadt, Victor aus Bulgarien schleppt Steine beim Straßenbau. Gemeinsam haben sie außer den Anführungszeichen nur das, was sie nicht haben. Die Aufenthaltserlaubnis für das Land, in dem sie leben. "Sans papiers" nennt man sie in Frankreich, "Sin papeles" heißen sie auch in Spanien. "Papierlose", "Ausländer ohne Aufenthaltsstatus", auch hier zu Lande müht man sich wacker um möglichst neutrale Wortwahl. Zwei oder drei Sätze lang geht das gut. Dann schleicht sich doch wieder der Begriff "Illegale" ein - und umschreibt, in all seiner Stigmatisierung, sogar am ehrlichsten den Umgang mit der heimlichen Einwanderung. Gewiss. Nirgendwo tut man sich leicht mit dem

weltweiten Phänomen. Doch ein korrektes, gründliches Land wie Deutschland, wo Behördenvorschriften selbst die Zentimeterhöhe von Gartenzäunen regeln, wo nichts existiert, was nicht auch amtlich dokumentiert ist - wie soll ein solches Land mit einem Problem umgehen, das sogar die Unverfrorenheit besitzt, sich seiner statistischen Erfassung zu entziehen? Die Dimension ist nur zu schätzen. Schon der Versuch, die Zahl der "Illegalen" in Deutschland zu beziffern, muss scheitern. Das liegt in der Natur der Sache. Und doch suggerieren staatliche Stellen präzisen Überblick. Im Migrationsbericht der Bundesausländerbeauftragten heißt es: "Im Jahr 2002 wurden in Deutschland insgesamt 112573 Aufgriffsfälle wegen unerlaubten Aufenthalts registriert." 22638 Personen wurden direkt an der Grenze "aufgegriffen", rund 90000 im Landesinneren. Statistische Kurve leicht sinkend. Irreführende Zahlen, die allenfalls das "Hellfeld" einer Grauzone beleuchten. Deren Dimension können selbst Kenner der Materie nur schätzen. Von 100000 bis zu einer Million "Illegaler" geht 2001 der Bericht der Zuwanderungskommission unter Vorsitz von Rita Süßmuth (CDU) aus. Kirchen und Beratungsstellen rechnen aus eigener Anschauung die Zahl der heimlichen Einwanderer auf 1,5 Millionen hoch. Auch das eine Größenordnung, die untertrieben sein könnte, glaubt Jörg Alt vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst. Alt hat mit seinem Buch „Leben in der Schattenwelt“ die bisher grundlegendste Untersuchung in Deutschland vorgelegt. Selbst bei hoch gegriffenen Schätzungen, so prognostiziert er, könnte Deutschland noch "Überraschungen" erleben. So wie Spanien etwa. Dort hat der Bombenanschlag von Madrid ein jähes Schlaglicht auf das Ausmaß des Phänomens geworfen, als sich unter den zufälligen Opfern der Anschläge zahllose illegal Eingewanderte offenbaren mussten. Spaniens Regierung sprach diesen "Sin papeles" spontan ein Bleiberecht zu. Ein ähnlicher Gnadenakt in Deutschland? Schwer vorstellbar. Ähnlich weit weg wie die Amnestieregelungen, mit denen Italien, Spanien, Frankreich und jetzt selbst US-Präsident George W. Bush Kontingente von "Papierlosen" legalisieren. Hier zu Lande jedoch rückt nicht nur ihre Titulierung als "Illegale" die

heimlichen Einwanderer in enge Nachbarschaft zur Kriminalität: Ihr Grenzübertritt ist eine Straftat, ihr Aufenthalt, ihre Beschäftigung. Selbst ihnen zu helfen ist strafbar. Dabei achten die allermeisten von ihnen peinlich auf Gesetzestreue: Schwarzfahren, bei Rot über die Straße gehen, Streit suchen, beim Putzen oder auf der Baustelle etwas mitgehen lassen - selbstverständliche Tabus im Überlebenscodex, den die "Heimlichen" spätestens lernen, wenn sie in Deutschland ankommen und über die Netzwerke von Landsleuten Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten suchen. Nicht, dass die heimlichen Migranten Engel wären. Das Leben im Klandestinen, ihre materielle Not und Erpressbarkeit drängen viele von ihnen in Drogen-, Rotlicht- und Menschenhändlermilieus. Ebenso wenig wie "die" Illegalen Täter sind, sind sie durchgängig Opfer. Eher sind sie Gestrandete, oft auch Gebrochene. Vor allem aber sind sie Überlebenskünstler. Viele arrangieren sich, zumindest auf Zeit, mit der Unsicherheit: mit den Wuchermieten für heimliche Wohnungen oder provisorische Matratzenlager. Mit ausbeuterischen und nicht einklagbaren Stundenlöhnen, die dennoch über denen ihrer Herkunftsländer liegen. Mit Mahlzeiten in Obdachlosenküchen von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, die zunehmend unter dem Zustrom der "Illegalen" ächzen. Mit der Abhängigkeit von Zuhältern, Kollegen oder Landsleuten, deren Denunziationsdrohung gefügig macht. Manche leben jahrelang auf Abruf. Einige bleiben nur wenige Monate in Deutschland, andere leben schon seit Jahren hier mit Familie und Kindern, ohne dass die Nachbarn ihre prekäre Lage ahnen. Doch auch eingespieltes Schattenleben wird zur Existenz auf Abruf - wenn eine Polizeikontrolle oder ein Verkehrsunfall die Illegalität aufdecken, wenn das Kind für die Klassenfahrt ein Dokument braucht, oder wenn - der GAU - eine schwere Krankheit zum Arzt oder ins Krankenhaus zwingt.

Schon seit Jahren fordern Flüchtlingsgruppen, Kirchen und Wohlfahrtsverbände den Illegalen wenigstens humanitäre Grundrechte zuzugestehen wie medizinische Versorgung und das Recht auf Bildung. Das zähe Engagement hat immerhin erreicht, dass - nach Jahren der Tabuisierung - die Existenz der Schattenmenschen zur Kenntnis genommen wird. Erstmals tauchen sie jetzt in offiziellen Berichten auf. Auch die Süßmuth-Kommission widmete ihnen ein Kapitel. Doch von den Empfehlungen, die das Gremium der Politik ins Stammbuch schrieb, setzte sich keine einzige in der Debatte um das

Zuwanderungsgesetz durch. Die Süßmuth-Kommission hatte vor allem gefordert, die Strafandrohung für Ärzte, Beratungsstellen und andere humanitäre Unterstützer der "Illegalen" aus dem Ausländergesetz zu streichen. Und um die Kinder nicht vom Schulbesuch auszusperrten, sollten Lehrer von der allgemeinen Pflicht für öffentliche Stellen entbunden werden, Migranten ohne legalen Aufenthalt bei der Ausländerpolizei zu melden. Doch all diese Forderungen wurden abgelehnt. Eine Presseerklärung des Bundesinnenministeriums ist bezeichnend für die unerbittliche Tonart, die man für angebracht hält. "Illegale entziehen sich der deutschen Rechtsordnung. Dies kann genauso wenig geduldet werden wie Rechtsüberschreitungen deutscher Staatsbürger. Es wäre eine durch nichts gerechtfertigte Privilegierung, eine Art Sonderaufenthaltsrecht für Illegale einzuführen. Dass diese ‚Sans papiers‘ manchmal auch ihre Kinder in diese illegale Existenz einbeziehen, ist ein zusätzlicher inhumaner Rechtsbruch."

Vera Gaserow

„Mama, sie wollen mich holen“ Leben und Leiden in der Illegalität

Zu acht lagen sie auf der Lauer, im Blick die Eingangstür des Gemeindehauses der Christophorus-Kirche im nordfriesischen Friedrichstadt. Als Mehdiye Yardimci ihren Fuß auf den örtlichen Gehweg setzte, um die Fenster des Gemeindehauses zu putzen, hatten sie leichtes Spiel. Es braucht wenig, um mit acht Polizisten eine 27-jährige Frau und ihren sechsjährigen Sohn festzunehmen. Der jungen kurdischen Mutter hingegen versagten in diesem Moment die letzten Widerstandskräfte, die ihr nach den Jahren seit der 1994 begonnenen Flucht vor Gefängnis, Folter und Vergewaltigung in Kurdistan noch geblieben waren. Auf der Polizeistation in Husum brach Mehdiye Yardimci bewusstlos zusammen. Erst nach Wochen konnte sie aus dem Krankenhaus entlassen werden – wenn auch nicht geheilt von den posttraumatischen Erlebnissen mit der deutschen Polizei, dann doch wenigstens erholt. Ihren Mann und die vier anderen Kinder, die sich in den Gemeinderäumen aufhielten, verhafteten die Beamten nicht. „Unvorstellbar, brutal, nicht nachvollziehbar.“ So kommentierte die Friedrichstädter SPD die Festnahme von Mehdiye Yardimci und ihrem Sohn Mazlum aus dem Kirchenasyl in der Christophorus-Kirche am Mittag jenes 3.

Novembers 2002. Die nordfriesische Gemeinde begehrt auf. Schulklassen demonstrierten für den Verbleib ihrer kurdischen Mitschüler und der Friedrichstädter Magistrat beschloss – mit den Stimmen der Christdemokraten – eine Resolution für das Bleiberecht der siebenköpfigen kurdischen Familie, deren letzter Zufluchtsort nach der Flucht nach Deutschland und der Ablehnung ihres Asylantrages die Gemeinderäume von Pastor Michael Jordan waren. „Auch Jesus war Asylsuchender“, sagt Jordan. „Auf der Flucht vor Herodes hat man ihm in Ägypten Asyl gewährt.“ 2000 Jahre ist das jetzt her. Auch Familie Yardimci hat Glück gehabt. Heute leben Mehdiye, ihr Mann und die fünf Kinder zwar nicht mehr in Friedrichstadt. Sie mussten – eine Bedingung der Behörden – wieder nach Niedersachsen zurückkehren, wo sie längere Zeit in Nienburg gelebt hatten. Aber sie brauchen nicht mehr weiter durch Norddeutschland zu irren und sich zu verstecken. Nach einer erneuten Prüfung ihrer Unterlagen haben Mehdiye Yardimci und ihre Familie nun einen gesicherten Aufenthaltsstatus. „Ohne das Kirchenasyl hätte die Familie keine Duldung bekommen“, sagt Pastor Jordan.

Viele andere, die nach der Ablehnung ihres Asylantrages untertauchen, schaffen es nicht bis in den Schutz der Kirche. Auf mehr als 50000 Menschen schätzt Fanny Dethloff, die Flüchtlingsbeauftragte der nordelbischen Kirche, die Zahl derjenigen, die allein in Hamburg ohne legalen Aufenthaltsstatus leben. Eine Schattengesellschaft, in der einige gewollt und oft seit Jahren weitgehend ungestört leben, um im Norden Geld zu verdienen. „Es ist erstaunlich, wie gut Netzwerke beispielsweise unter Lateinamerikanern funktionieren“, sagt Dethloff. Andere zerbrechen an der Illegalität, werden krank und mutlos, weil die Wahl zwischen Illegalität und Abschiebung für sie dieselbe ist wie die zwischen Pest und Cholera. Insgesamt leben in der Bundesrepublik heute in 42 Kirchengemeinden knapp 150 Menschen im Kirchenasyl, der Großteil von ihnen sind Kurden. Einigen gelingt es, aus dem Schutz der Kirche einen neuen, diesmal erfolgreichen Asylantrag zu stellen. Die Chancen dafür stehen so schlecht nicht, sagt Anne Harms von der Hamburger Beratungsstelle Fluchtpunkt. Sie und ihre drei Kollegen prüfen die Akten von Flüchtlingen auf Fehler und werden fündig. „Viele verstehen gar nicht, was in ihrem Asylverfahren passiert ist“, sagt die Beraterin, die dann erst einmal erklären muss, warum eine Abschiebung angeordnet worden ist. Häufig stoße sie dabei auf Willkürentscheidungen

einzelner Beamten oder stelle neue Sachverhalte fest, mit denen eine erneute Prüfung Erfolgsaussichten auf einen legalen Aufenthaltsstatus habe. Abschiebungen würden heute weit rigorosier verkündet als vor zehn Jahren, mit der Folge, dass mehr Menschen in die Illegalität gehen, hat Harms beobachtet. Jeder Vierte, der zu Fluchtpunkt kommt, ist inzwischen abgetaucht, um sich dem Zugriff der Hamburger Ausländerbehörde zu entziehen. Sie sei für den Großteil der Flüchtlinge Synonym für staatliche Willkür, vor der viele aus ihren Heimatländern geflüchtet seien. „Weil Sachbearbeiter drohen – ‚ich kann dich jederzeit zu Hause abholen lassen, auch mitten in der Nacht‘ – und Abschiebungen manchmal martialische Einsätze mit behelms Polizisten sind, ist das Vertrauen zu offiziellen Stellen inzwischen weitgehend zerstört“, sagt Harms. Vielmehr herrsche „panische Angst“ vor der Ausländerbehörde in der Amsinckstraße.

Doch das Abtauchen vor dem Zugriff der Ausländerbehörde in die Welt der Menschen ohne Papiere ist oft genug eine zweifelhafte Rettung vor der Abschiebung. „Kein Mensch soll so leben wie ich“, sagt Naci Yilmaz (Name von der Redaktion geändert), der vor dem türkischen Militär in die Bundesrepublik geflohen ist. Nachdem nun auch sein zweiter Asylantrag abgelehnt worden ist, lebt er seit mehr als einem Jahr zum zweiten Mal in der Illegalität. Anfang der 90er Jahre hatte er schon einmal zwei Jahre lang keinen gültigen Aufenthaltsstatus. Es ist einer der ersten sonnigen Frühlingstage in diesem Jahr und auch Naci Yilmaz lächelt – wie all die anderen im quirligen Hamburger Universitätsviertel, die den Winter nun endlich hinter sich lassen wollen. Es ist das Lächeln eines gestandenen Mannes, möchte man glauben, von einem, der einen Großteil seines Lebens schon hinter sich hat. Naci Yilmaz ist erst 31 Jahre alt, doch er wirkt gut 20 Jahre älter – seine Haare sind grau, um die tief liegenden Augen ziehen sich deutliche Falten. Wenn er spricht, dringt seine Stimme kaum durch den Straßenlärm. Vor gut 15 Jahren wurde sein kleines Dorf nahe Elazig in den türkischkurdischen Bürgerkrieg verwickelt. Dort wuchs Naci Yilmaz mit fünf Geschwistern auf. Die Eltern lebten vom Viehhandel. Viele Dorfbewohner unterstützten die kurdische Guerilla in den Bergen, erzählt er, den Schikanen der Soldaten waren die Dorfbewohner ungeschützt ausgeliefert. „Ich habe Glück gehabt, dass ich überhaupt noch lebe“, sagt er. Andere junge Männer wurden von den Militärs verschleppt und als Leichen in das Dorf zurückgebracht. 7000 Mark

zahlte der Vater den Schleppern in Istanbul, damit die ihn nach Hamburg bringen und es ihm nicht so ergeht wie den Freunden, die nicht mehr leben. „Geflüchtet bin ich 1990“, sagt Yilmaz, „auf der Flucht bin ich aber immer noch.“ Aus Furcht vor dem Militär hat er sich Anfang 2003 entschieden, nicht der Ausreiseverfügung der Hamburger Ausländerbehörde nachzukommen, sondern unterzutauchen. Doch sein Leben ist das Versteckspiel eines Menschen, dem hier zwar keine Gefahr für Leib und Leben droht, der aber ständig auf der Hut sein muss, nicht entdeckt zu werden. „Ich kann keine Arbeitserlaubnis beantragen, um nichts bitten und ich habe auf nichts ein Anrecht.“ Zehn Cent Bargeld hat er in der Tasche. Um zu essen, besucht er kurdische Landsleute. „Wenn du Papiere hast, ist es zwar auch nicht einfach, aber du existierst und kannst dich auf der Straße bewegen. Als Papierloser gibt es dich eigentlich gar nicht“, sagt er. Nachts teilt er sich mit den beiden Kindern einer befreundeten Familie, die ihm Unterschlupf gewährt, eines der zwei Kinderzimmer. Tagsüber streift er durch die Stadt auf Wegen, wo er keine Kontrollen befürchten muss. Doch auch das kann schief gehen. „Erst gestern wäre ich fast in eine Polizeikontrolle geraten.“

Die erste Grundregel, die Christel Seiler den ihr anvertrauten Flüchtlingen einhämmert, ist daher, nie ohne Fahrkarte mit der U-Bahn zu fahren. Das Risiko, zur Feststellung der Identität an die Polizei und anschließend an die Ausländerbehörde zu geraten, ist einfach zu groß. Gemeinsam mit fünf anderen Hamburgern betreut die 66-Jährige eine Notwohnung, die die nordelbische Kirche seit mehreren Jahren für Menschen ohne Papiere gemietet hat. Hier sollen sich ihre Gäste für ein paar Wochen vom Leben in der Illegalität ausruhen, um wieder Kraft zu schöpfen. Christel Seiler begibt sich mit ihrer humanitären Hilfe in die Nähe des Gesetzesbruches. Denn nach dem Ausländergesetz kann sie für die Unterstützung der Papierlosen bestraft werden. Maximal vier Wochen darf die Rekonvaleszenz dauern, dann muss die Wohnung für andere Flüchtlinge ohne Papiere wieder frei gegeben werden. Christel Seiler hat in diesen Jahren Menschen und ihre Geschichten aus vielen Ländern kennen gelernt: Yeziden aus der Türkei, Moslems aus den früheren Sowjetrepubliken und aus Nordafrika, Roma aus Rumänien. Eine Togolesin hat in der „schnuckeligen kleinen Zweizimmerwohnung“, in der Familien mit bis zu sieben Personen leben können, sogar ihr Kind bekommen. „Die Zeit ist immer

zu kurz“, sagt Seiler. „Aber es hilft, um auszuruhen und manchmal auch, um eine Perspektive zu entwickeln.“ Die ersten Tage gehe sie oft mit Angst in die Wohnung, nicht wegen der unbehandelten Diabetes, der kaputten Beine oder der anderen gesundheitlichen Schäden der Papierlosen, sondern weil die bei ihr Gestrandeten mit ihren Kräften am Ende sind und sich vielleicht das Leben nehmen.

„Viele sind suizidgefährdet“, sagt Christel Seiler. Sie wünscht sich, „dass Kirche sich noch deutlicher zu Flüchtlingen bekennt“. „Die gesundheitlichen Risiken müsst en den Politikern eigentlich die Haare zu Berge stehen lassen“, sagt die Flüchtlingsbeauftragte Fanny Dethloff. Haarsträubende Arbeitsunfälle, Risikoschwangerschaften, Nierenversagen, aber auch offene Tuberkulose sind ihr unter den Papierlosen schon begegnet. Einige finden Hilfe bei Ärzten wie Claus Carstensen, der seit 20 Jahren Flüchtlingen auch ohne Entgelt hilft, „weil es mein Beruf ist“. Eine medizinische Beratungsstelle für Flüchtlinge in einem Hamburger Stadtteilzentrum, die einmal in der Woche geöffnet hat, vermittelt Menschen ohne Papiere an Mediziner weiter, die helfen wollen. „Die häufigste Krankheit“, hat Carstensen beobachtet, „sind schwere Depressionen.“ Auch Naci Yilmaz leidet darunter. Manchmal sind die Symptome so stark, dass er tagelang durch die Straßen irrt, erzählt sein Betreuer von der Gesellschaft zur Unterstützung von Gefolterten und Verfolgten.

„Mit Kindern hält es keiner lange in der Illegalität aus“, sagt Anne Harms. Doch auch sie kennt einige, die mit ihren Eltern als Papierlose in Hamburg auf der Flucht vor der Abschiebung leben. „Ich werde nie vergessen, was die Kirche für uns getan hat“, sagt Helima Dogan (Name von der Redaktion geändert). Sie lebte mit ihren Kindern mehrere Jahre in einem von einer Hamburger Kirchengemeinde zur Verfügung gestellten Keller. Als sie erzählt, wie sie ihren Nachwuchs zu Verwandten nach Kiel schicken musste, beginnt die 37-Jährige zu weinen. Später konnte sie ihre Kinder zu sich in den Keller holen, die Pastorin organisierte sogar den Schulbesuch der Kleinen. Doch der Schrecken über das Erlebte blieb. Noch heute wache ihre zwölfjährige Tochter mit Albträumen auf. „Mama, sie wollen mich holen, sagt sie dann“, erzählt Helima Dogan. „Das war eine sehr schlimme Zeit für uns.“ Heute können auch ihre Kinder Freunde zu sich einladen. Denn sie und die Mutter haben eine Duldung erhalten, weil Helima Dogan in den Jahren

der Illegalität nervlich schwer erkrankt ist. Ihr Mann hingegen ist, nachdem sie in ihrem Kellerversteck entdeckt worden waren, von der Familie getrennt und abgeschoben worden. „Auch Menschen ohne Papiere sind Träger von Menschenrechten“, sagt Fanny Dethloff und zitiert die gängigen Artikel des Grundgesetzes, in denen von der Unantastbarkeit der Menschenwürde und vom Schutz der Familie die Rede ist. Die Praxis sei fast immer eine andere, so Dethloff: „Denn Ausländerrecht steht über dem Familien- und dem Jugendrecht.“ Und die permanente Verschärfung der Asylgesetze sorge dafür, dass „immer mehr Menschen systematisch in die Illegalität getrieben werden“, sagt sie. Dabei wäre nicht die Abschreckung hier, sondern die Hilfe bei der Rückkehr das richtige Mittel, um Flüchtlinge von einer Rückreise zu überzeugen, so Dethloff. Die Flüchtlingsbeauftragte hat vor kurzem die Aktion „Lila Schleife“ mit ins Leben gerufen. An der Kleidung angebracht soll eine lila Schleife Menschen, die auf der Flucht sind, zeigen, dass sie bei so Gekennzeichneten Hilfe finden können. Vor allem soll die Aktion dazu beitragen, dass das Schicksal der Papierlosen auch in der Bund esrepublik endlich Gehör findet. „Es ist eigentlich unglaublich, aber es ist Realität, dass in diesem Landhunderttausende Menschen ohne Papiere leben, aber kaum jemand sie zur Kenntnis nimmt“, sagt Fanny Dethloff.

Jörn Breiholz

(UN)ERLAUBT IM LAND Unkontrollierte Migration

Aufenthaltsrecht: Menschen aus Ländern, die nicht der EU angehören, müssen sich vor der Einreise nach Deutschland ein Visum besorgen. Wer länger bleiben will, braucht eine Aufenthaltserlaubnis, die die Ausländerbehörde ausstellt. Dazu gibt es vier Rechtstitel: Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsberechtigung, Aufenthaltsbewilligung und Aufenthaltsbefugnis.

Aufenthaltserlaubnis: Sie wird normalerweise zunächst befristet erteilt. Ausnahmen sind anerkannte Asylberechtigte oder Kontingentflüchtlinge, beispielsweise Juden aus Ländern der früheren Sowjetunion. Wer eine befristete Aufenthaltsgenehmigung hat, kann nach fünf Jahren eine unbefristete beantragen. Ehegatten Deutscher erhalten das Papier meist bereits nach drei Jahren, dann ist die Erlaubnis aber an den Partner gebunden. Ausländer mit Aufenthaltsbefugnis müssen acht Jahre hier

gelebt haben, bevor sie eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung bekommen können.

Aufenthaltsberechtigung: Ein unbefristeter Status, der häufig noch sicherer als die unbefristete Aufenthaltserlaubnis ist. Die meisten Arbeitnehmer aus früheren Anwerbestaaten besitzen dieses Papier. Die Ausländerbehörde kann die Berechtigung nicht mit Auflagen versehen, etwa eine selbstständige Erwerbstätigkeit verhindern. Eine Aufenthaltsberechtigung bekommt ein Ausländer erst, wenn er acht Jahre im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis ist und weitere Anforderungen erfüllt — etwa fünf Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt war.

Aufenthaltsbewilligung: Sie ist zeitlich begrenzt und an einen bestimmten Zweck gebunden, zum Beispiel ein Studium oder eine Berufsausbildung. Ein späterer Daueraufenthalt ist ausgeschlossen. Wer die Ausbildung abbricht, muss ausreisen. **Aufenthaltsbefugnis:** Wird aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen zum Beispiel Bürgerkriegsflüchtlingen oder Familienangehörigen gewährt. Sie kann Asylbewerbern erteilt werden, wenn ihnen in ihrer Heimat Gefahr für Leib und Leben droht und die Behörde das in ein „Abschiebungshindernis“ erkennt. Neben dem Aufenthaltsstatus nach dem Ausländergesetz gibt es noch die Aufenthaltsgestattung für Asylbewerber im Laufe ihres Verfahrens. Werden sie als Asylberechtigte anerkannt, erhalten sie eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis; werden sie als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention anerkannt, bekommen sie eine Aufenthaltsbefugnis.

Duldung: Wenn ein Flüchtling zwar keine Aufenthaltsbefugnis erhält, aber eine Abschiebung aus rechtlichen oder anderen Gründen derzeit unmöglich ist, wird er für eine begrenzte Zeit im Land geduldet.

uta

INTERVIEW: Weg mit der Meldepflicht

Den Aufenthalt von Flüchtlingen zu legalisieren, hilft bei der Bekämpfung von Verbrechen, sagt Jörg Alt vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst im Gespräch mit FR-Redakteurin Ursula Rüssmann.

Frankfurter Rundschau: Herr Alt, Staaten wie Belgien oder Italien haben mit großen Legalisierungsaktionen wiederholt zehntausende Menschen aus der Illegalität geholt. Was kann Deutschland daraus lernen?

Jörg Alt: Dass wir uns überhaupt erst mal dem Problem stellen müssen, denn illegale Zuwanderung ist als Begleiterscheinung der Globalisierung unvermeidlich. Bei uns aber gibt es derzeit leider gar keine Legalisierungsmöglichkeit. Allerdings können große Legalisierungsamnestien das Problem auf Dauer auch nicht lösen. Erstens sind die gesellschaftlichen Widerstände zu groß. Außerdem rücken für legalisierte „Illegale“ sehr schnell neue illegale Migranten nach. Die werden nachgefragt als billige Arbeitskräfte, und so lange das so ist, kommen sie auch.

Was schlagen Sie vor?

Möglichkeiten der Legalisierung brauchen wir auf jeden Fall, aus humanitären Gründen ebenso wie zur Kriminalitätsbekämpfung. Am dringendsten sind Lösungen für das riesige Feld der humanitären Härten, also für die vielen Menschen, die nirgendwohin zurückkehren können. Dazu gehören viele kranke Menschen, auch Alte, die hier bei ihren Kindern illegal leben müssen, weil es für sie kein Nachzugsrecht gibt. Dazu gehören auch Flüchtlinge, die lange hier leben und deren Kinder integriert sind. Zigtausende von denen haben im Übrigen unglaubliche Integrationsleistungen vollbracht: Sie sprechen prima Deutsch, sie arbeiten. Wenn Integration so wichtig ist, wie die Politik immer betont, dann spricht doch nichts dagegen, diese Leute zu legalisieren.

Wie kann Legalisierung bei der Verbrechensbekämpfung helfen?

Nehmen Sie den Menschenhandel. Wenn man da bessere Zeugen- und Opferschutzprogramme mit Aufenthaltsrechten anbietet, würden mehr Betroffene mit den Strafverfolgungsbehörden kooperieren. Viele Verfahren gegen Menschenhändler scheitern ja daran, dass die Opfer nicht gegen sie aussagen wollen, weil sie niemand vor den Banden schützt. Und weil ihnen trotzdem Ausweisung droht. Das gleiche gilt für die Schwarzarbeit. Bei der EU wird jetzt überlegt, bei schweren Missständenden Beschäftigten ein Bleiberecht anzubieten, wenn sie gegen die Arbeitgeber aussagen.

Sie spielen da auf Ausbeutungsjobs an, in denen „Illegale“ oft stecken. Was kann man hier tun?

Einiges, auch schon unterhalb der Schwelle der Legalisierung. Nach dem deutschen Arbeitsrecht könnten theoretisch auch „Illegale“ wegen Ausbeutung oder Lohnvorenthaltung vor Gericht gehen. Aber die meisten wissen das nicht. Oder sie trauen sich nicht, denn sie fürchten, der Arbeitsrichter verpfeift sie an die Ausländerbehörde. Das Ausländer-

recht verlangt das nämlich von „öffentlichen Stellen“. Da stecken die Arbeitsrichter in einer Grauzone, da muss der Gesetzgeber ran.

Was soll er tun?

Klarstellen, dass Arbeitsgerichte für das Arbeitsrecht zuständig sind und nicht für das Aufenthaltsrecht. So könnte man auch den illegalen Niedriglohnsektor wesentlich besser bekämpfen als es derzeit möglich ist.

Wie steht es um die Gesundheitsversorgung von „Illegalen“ und den Zugang ihrer Kinder zu Schulen?

Theoretisch haben sie auch diese Rechte, wahrnehmen können sie sie aber kaum. Das Problem ist auch hier die Meldepflicht im Ausländerrecht. Die betrifft nämlich auch Krankenhausverwaltungen und Schulleitungen. Bei der Schulversorgung kommt erschwerend hinzu, dass das Ländersache ist. Baden-Württemberg und Städte wie Freiburg und München sagen inzwischen, Schulleiter müssen den Ausländerbehörden nichts melden, Nordrhein-Westfalen sagt das Gegenteil. Die Unsicherheit ist riesig. Auch da gilt: Die Meldepflicht muss weg.

Und warum geschieht nichts?

Das Grundproblem in Deutschland ist der Konflikt zwischen Ordnungsrecht und Menschenrecht. Das Bundesinnenministerium und rechte Politiker sagen: Das Ordnungsrecht geht vor, weil wir einen vorherigen Rechtsbruch nicht durch die Gewährung sozialer Rechte belohnen dürfen. Wir sagen: Menschenrechte sind Menschenrechte. Und die stehen an erster Stelle.

INVISIBLE ILLEGAL IN EUROPA

EIN DOKUMENTARFILM VON ANDREAS VOIGT